

Einbürgerung nach § 15 StAG

Naturalization to Section 15 German Nationality Act (StAG)

Download-Paket

für eine Person ab 16 Jahre
und für eine Person unter 16 Jahren

for one person aged 16 or over
and for one person under the age of 16



Antrag

auf Wiedergutmachungseinbürgerung
nach § 15 StAG
– für Personen ab 16 Jahre –
(für Personen, die im Ausland leben)

E15

Hinweis: Bitte machen Sie alle Angaben des Antrages in deutscher Sprache.

Sollte der vorgesehene Platz nicht ausreichen, ergänzen oder erläutern Sie gegebenenfalls auf einem gesonderten Blatt.

1 Meine persönlichen Daten

Familiennamen		Geschlecht	
		☐ weiblich	
Vornamen		☐ männlich	
		☐ divers	
Geburtsnamen		Frühere Namen	
Geburtsdatum	Geburtsort / Geburtsortzusatz	Geburtsstaat (z. B. USA, Italien, Brasilien)	

2 Meine Identifikation

Ich weise mich mit folgendem gültigen amtlichen Dokument (mit Lichtbild) aus:			Bitte fügen Sie ein amtliches Ausweisdokument in beglaubigter Kopie bei.
☐ Reisepass	☐ Ausweis / ID-Card	☐ Sonstiges:	

3 Meine Kontaktdaten

Wohnsitzstaat (z. B. USA, Italien, Brasilien)	
Aktuelle Wohnanschrift (in landestypischer Reihenfolge):	
Möchten Sie eine abweichende Postanschrift angeben?	
☐ nein	
☐ ja	
Abweichende Postanschrift (in landestypischer Reihenfolge):	
Telefonnummer (mit Landesvorwahl)	E-Mail-Adresse

4 Zuständige deutsche Auslandsvertretung

Name und Ort der deutschen Auslandsvertretung (z. B. Botschaft Paris; Generalkonsulat New York)

5 Meine Staatsangehörigkeiten

Aktuelle Staatsangehörigkeiten (z. B. Kasachstan, Brasilien):

Staatsangehörigkeit	Datum des Erwerbs	Erwerbsgrund (z. B. Abstammung, Einbürgerung)

Bitte Nachweise der aktuellen Staatsangehörigkeiten beifügen.

Frühere Staatsangehörigkeiten (z. B. UdSSR, Deutschland) (sofern zutreffend):

Staatsangehörigkeit	von	bis	Verlustgrund (z. B. Einbürgerung in einen anderen Staat, Verzicht)

Zu einer eventuell früheren deutschen Staatsangehörigkeit bitte Nachweise beifügen.

6 Mein Familienstand

Mein aktueller Familienstand seit (Datum):

- ☐ ledig
- ☐ verheiratet ☐ eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft
- ☐ geschieden ☐ aufgehobene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft
- ☐ verwitwet
- ☐ Sonstiges (Bitte beschreiben):

Bitte Nachweis zum aktuellen Familienstand beifügen.

Angaben zu früheren Ehen oder Lebenspartnerschaften (sofern zutreffend):

von (Datum und Ort / Staat)

bis (Datum und Ort / Staat)

1. Ehe / Lebenspartnerschaft:

2. Ehe / Lebenspartnerschaft:

3. Ehe / Lebenspartnerschaft:

7 Angaben zu früheren Staatsangehörigkeits- oder Vertriebenenverfahren in Deutschland

Die Angaben sind freiwillig. Wenn Sie hier Angaben machen, kann das Bundesverwaltungsamt – soweit noch vorhanden – Unterlagen des früheren Verfahrens beziehen.

Ich habe schon einmal ein Staatsangehörigkeitsverfahren durchgeführt.

☐ nein

☐ ja

Art des Verfahrens (z. B. Einbürgerung, Verzicht)	Name und Ort der Behörde in Deutschland	Aktenzeichen der Behörde in Deutschland

Bitte Nachweise zu den Verfahren beifügen.

Ich habe ein Vertriebenenverfahren / Spätaussiedleraufnahmeverfahren (BVFG) durchgeführt.

☐ nein

☐ ja

Name und Ort der Behörde in Deutschland

Aktenzeichen der Behörde in Deutschland

Bitte Nachweis zum Verfahren beifügen.

8 Angaben zu Straftaten im In- und Ausland

Ich wurde bereits in einem Strafverfahren rechtskräftig verurteilt.

☐ **nein**

☐ **ja**

Bitte machen Sie Angaben zu Tatbestand, Strafmaß, verurteilendes Gericht / Behörde und Datum der Verurteilung

Bitte übersenden Sie auf Aufforderung ein aktuelles polizeiliches Führungszeugnis (nicht älter als 6 Monate) Ihres Aufenthaltsstaates .

Bitte Merkblatt beachten.

Gegen mich laufen ein oder mehrere Ermittlungsverfahren.

☐ **nein**

☐ **ja**

Bitte machen Sie Angaben, aufgrund welcher Umstände, gegen Sie ermittelt wird.

9 Meine Aufenthaltszeiten

Angaben zu den Aufenthaltszeiten und -orten seit Geburt (keine Aufenthalte von weniger als 6 Monaten)

von:	bis:	Ort:	Staat (z. B. Polen, Deutschland, USA)

Ich habe zwischen 1933 und 1945 in Deutschland gewohnt:

☐ **nein**

☐ **ja**

Zeitraum (von – bis)

Ort (Stadt, Gemeinde / inklusive Landkreis, Provinz)

Geben Sie bitte Ihre damalige Anschrift an (Straße, Hausnummer).

10 Angaben zum Verfolgungsschicksal meiner Familie zwischen dem 30.01.1933 und dem 08.05.1945

Wer war zwischen 1933 und 1945 von Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen im Sinne von Artikel 116 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes betroffen?

Geben Sie bitte den Verfolgungsgrund an (z. B. als Jude verfolgt):

☐ ich selbst

☐ ein Vorfahre / eine Vorfahrin

Familienname des Vorfahren / der Vorfahrin

Vornamen des Vorfahren/ der Vorfahrin

Verwandtschaftsgrad (z. B. Großvater, Urgroßmutter)

Füllen Sie bitte je Generation eine **Anlage_AV** aus, zurückgehend bis einschließlich zu der Person, die zwischen 1933 und 1945 verfolgt worden ist.

Besaß diese Person zwischen 1933 und 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit?

☐ ja

ging verloren am (Datum)

Verlustgrund (z. B. Einbürgerung in anderes Land, durch Eheschließung mit einem Ausländer)

☐ nein

☐ Die Person war von einer Sammeleinbürgerung deutscher Volkszugehöriger ausgeschlossen.

Wann war das und um welches Gebiet / Land handelte es sich (z. B. Danzig, Böhmen-Mähren)?

☐ Dem damaligen Antrag auf Einbürgerung der Person wurde nicht entsprochen.

Wann war das und bei welcher Behörde in welcher Stadt in Deutschland?

☐ Sonstiges:

Erläutern Sie bitte, aus welchen sonstigen Gründen die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erworben wurde.

Bitte jeweils Nachweise zu den Angaben beifügen.

Seit wann wohnte Ihre Familie in Deutschland?

☐ schon immer

Vorname und Familienname der Person, die als erstes aus Ihrer Familie in Deutschland wohnte

☐ seit:

Geburtsdatum:

Geburtsort / Geburtsstaat

Bitte Nachweise zum Wohnsitz in Deutschland – soweit vorhanden – beifügen.

Adresse des ersten Wohnsitzes im damaligen Deutschland (Ort, Straße und Hausnummer)

☐ unbekannt

11 Angaben zu Staatsangehörigkeitsverfahren meiner Familienangehörigen (Die Angaben sind freiwillig.)

Folgende Familienangehörige haben bereits in Deutschland ein Staatsangehörigkeitsverfahren durchgeführt (Sie z. B. einen Staatsangehörigkeitsausweis erhalten haben oder in Deutschland eingebürgert wurden):

- Bitte Kopie der Urkunden beifügen -

Familienname, Vorname

Verwandtschaftsgrad
(z. B. Bruder, Tante, Cousine)

Ausstellungsdatum und -ort der Urkunde und Name der Behörde

12 Angaben zu meinen Eltern

Wurden Sie von Ihren Eltern oder einem Elternteil als Kind angenommen (adoptiert)?

☐ **nein**

☐ **ja**

am (Datum):

**Bitte Nachweis der Adoption
in beglaubigter Kopie
beifügen.**

Erster Elternteil (z. B. Vater)

Familienname

Vornamen

Geburtsname und / oder frühere Namen

Geburtsdatum

Geburtsort / Geburtsstaat

Zweiter Elternteil (z. B. Mutter)

Familienname

Vornamen

Geburtsname und / oder frühere Namen

Geburtsdatum

Geburtsort / Geburtsstaat

☐ **meine Eltern waren nie miteinander verheiratet oder als eingetragene Lebenspartnerschaft verbunden**

☐ **meine Eltern sind / waren miteinander verheiratet oder als eingetragene Lebenspartnerschaft verbunden**

von:

bis:

Bitte Nachweis beifügen.

Weitere Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften (vorherige und spätere):

von:

bis:

von:

bis:

Staatsangehörigkeiten meiner Eltern (aktuell und / oder in der Vergangenheit):

Staatsangehörigkeit

von

bis

Staatsangehörigkeit

von

bis

Zum Besitz einer deutschen Staatsangehörigkeit bitte Nachweise beifügen.

Angaben zu den Aufenthaltszeiten und -orten meiner Eltern seit Geburt (keine Aufenthalte von weniger als 6 Monaten)

von

bis

Ort / Staat

von

bis

Ort / Staat

Der Elternteil ist verstorben:

☐ **nein**

☐ **ja**

verstorben am (Datum):

☐ **nein**

☐ **ja**

verstorben am (Datum):

13 Vollmacht

☐

Ich habe eine Vollmacht erteilt. Sämtlicher Schriftwechsel soll über die bevollmächtigte Person geführt werden.

Bitte Vollmacht
beifügen.

14 Erklärungen und Hinweise

Ich erkläre: „**Ich beantrage die Einbürgerung in den deutschen Staatsverband**“

Ich versichere, **dass meine Angaben richtig und vollständig sind.**

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass

- falsche oder unvollständige Angaben zur Rücknahme der Einbürgerung führen können.
- ich Änderungen meiner Antragsangaben sofort mitteilen muss.
- gem. § 37 StAG Staatsangehörigkeitsgesetz meine persönlichen Daten an das Bundesamt für den Verfassungsschutz zwecks Prüfung weitergegeben werden.

Informationen zu Ihren Rechten im Rahmen der Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 und Artikel 14 der EU- Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) erhalten Sie auf der Internetseite des Bundesverwaltungsamtes unter dem Thema: Staatsangehörigkeitsverfahren in Bundeszuständigkeit (allgemein) sowie auf der Seite zum jeweiligen Verfahren. Dort finden auch die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten.

Ort und Datum

Unterschrift der antragstellenden Person

Anlagen

☐

Anlage Vollmacht

☐

Anlagen_AV

Anzahl:

☐

weitere Anlagen:

Anzahl:

Anlage Vorfahren (AV)

zu Angaben weiterer Vorfahren in
Staatsangehörigkeitsverfahren

Anlage_AV

Angaben zur antragstellenden oder erklärenden Person:

Familienname	Vornamen
Geburtsdatum	Aktenzeichen beim Bundesverwaltungsamt (sofern bekannt):

In Staatsangehörigkeitsverfahren werden manchmal Angaben zu Ihren Vorfahren (Eltern und weitere Generationen davor) benötigt. Die **Anlage_AV** können Sie nutzen, um weitere Informationen zu Ihrem Verfahren zu übermitteln. Bitte füllen Sie für die jeweiligen Vorfahren weitere Vordrucke der Anlage_AV aus.

Ich mache nachfolgend Angaben zu den Eltern folgender Person:

Familienname	Vornamen
Geburtsdatum	

Wurde die Person von ihren Eltern oder einem Elternteil als Kind angenommen (adoptiert)?

☐ **nein**

☐ **ja**

am (Datum):

**Bitte Nachweis der
Adoption beifügen.**

Erster Elternteil der Person (z. B. Vater)

Zweiter Elternteil der Person (z. B. Mutter)

Familienname	Familienname
Vornamen	Vornamen
Geburtsname und / oder früherer Namen	Geburtsname und / oder früherer Namen
Geburtsdatum	Geburtsdatum
Geburtsort und Geburtsstaat	Geburtsort und Geburtsstaat

☐ die Eltern sind / waren nicht miteinander verheiratet oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft

☐ die Eltern sind / waren miteinander verheiratet oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft

von:

bis:

Ort / Staat:

Bitte Nachweis beifügen.

Weitere Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften (vorherige und spätere):

von:

bis:

von:

bis:

Staatsangehörigkeiten des Elternteils der Person (aktuell und / oder in der Vergangenheit):

Staatsangehörigkeit

von

bis

Staatsangehörigkeit

von

bis

Zum Besitz einer deutschen Staatsangehörigkeit bitte Nachweise beifügen!

Aufenthaltszeiten und Aufenthaltsorte des Elternteils der Person (keine Aufenthalte von weniger als 6 Monaten)

von

bis

Ort / Staat

von

bis

Ort / Staat

Nur ausfüllen, wenn zutreffend.

 Angaben zur aktuellen oder letzten deutschen Adresse des Elternteils der Person (vollständige Anschrift angeben!)

Grund der Ausreise / Auswanderung:

Der Elternteil der Person hat bei einer deutschen Behörde bereits ein Staatsangehörigkeitsverfahren (Einbürgerung, Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit o. ä.) oder ein Vertriebenenverfahren / Spätaussiedleraufnahmeverfahren (BVFG) durchgeführt:

☐ **nein**

Art des Verfahrens (z. B. Spätaussiedleraufnahme)

☐ **ja**

Name und Ort der Behörde in Deutschland

Aktenzeichen der Behörde in Deutschland

☐ **nein**

Art des Verfahrens (z. B. Einbürgerung)

☐ **ja**

Name und Ort der Behörde in Deutschland

Aktenzeichen der Behörde in Deutschland

Der Elternteil der Person ist verstorben:

☐ **nein**

verstorben am (Datum):

☐ **ja**
☐ **nein**

verstorben am (Datum):

☐ **ja**

Hier können Sie ergänzende Angaben zu den Eltern Ihres Vorfahrens bzw. Ihrer Vorfahrin machen, die bei der Bearbeitung helfen könnten:

Für weitere Vorfahren fügen Sie bitte auch eine Anlage_AV bei.

Antrag

auf Wiedergutmachungseinbürgerung
nach § 15 StAG
– für Personen unter 16 Jahren –

E15_K

(für Personen, die im Ausland leben)

Hinweis: Bitte machen Sie alle Angaben des Antrages in deutscher Sprache.

Sollte der vorgesehene Platz nicht ausreichen, ergänzen oder erläutern Sie gegebenenfalls auf einem gesonderten Blatt.

1 Persönliche Daten des Kindes

Familienname		Geschlecht	
Vornamen		☐ weiblich	
		☐ männlich	
		☐ divers	
Geburtsname		Frühere Namen	
Geburtsdatum	Geburtsort / Geburtsortzusatz	Geburtsstaat (z. B. USA, Italien, Brasilien)	

2 Identifikation des Kindes (soweit vorhanden)

Das Kind weist sich mit folgendem gültigen amtlichen Dokument (mit Lichtbild) aus:			Bitte fügen Sie ein amtliches Ausweisdokument in beglaubigter Kopie bei.
☐ Reisepass	☐ Ausweis / ID-Card	☐ Sonstiges:	

3 Kontaktdaten des Kindes

Wohnsitzstaat (z. B. USA, Italien, Brasilien)	
Aktuelle Wohnanschrift (in landestypischer Reihenfolge):	
Möchten Sie eine abweichende Postanschrift angeben?	
☐ nein	
☐ ja	Abweichende Postanschrift (in landestypischer Reihenfolge):
Telefonnummer (mit Landesvorwahl)	E-Mail-Adresse

4 Zuständige deutsche Auslandsvertretung

Name und Ort der deutschen Auslandsvertretung (z. B. Botschaft Paris; Generalkonsulat New York)

5 Angaben zur gesetzlichen Vertretung

Erste gesetzliche Vertretung (z. B. Mutter)	Zweite gesetzliche Vertretung (z. B. Vater)
Familienname	Familienname
Vornamen	Vornamen
aktuelle Anschrift	aktuelle Anschrift
Telefonnummer	Telefonnummer
E-Mail-Adresse	E-Mail-Adresse
Die gesetzliche Vertretung (z. B. gemeinsames oder alleiniges Sorgerecht) ergibt sich aus: ☐ automatisch durch Gesetz für beide Elternteile ☐ Sonstiges (z. B. aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung)	
Bitte Nachweis zur sonstigen Vertretung beifügen.	

6 Staatsangehörigkeiten des Kindes

Aktuelle Staatsangehörigkeiten (z. B. Kasachstan, Brasilien):		
Staatsangehörigkeit	Datum des Erwerbs	Erwerbsgrund (z. B. Abstammung, Einbürgerung)

Bitte Nachweise der aktuellen Staatsangehörigkeiten beifügen.

Frühere Staatsangehörigkeiten (z. B. UdSSR, Deutschland) (sofern zutreffend):			
Staatsangehörigkeit	von:	bis:	Verlustgrund (z. B. Einbürgerung in einen anderen Staat, Verzicht)

Zu einer eventuell früheren deutschen Staatsangehörigkeit bitte Nachweise beifügen.

7 Angaben zu früheren Staatsangehörigkeitsverfahren in Deutschland

Die Angaben sind freiwillig. Wenn Sie hier Angaben machen, kann das Bundesverwaltungsamt noch vorhandene Unterlagen beiziehen.

Für das Kind wurde schon einmal ein Staatsangehörigkeitsverfahren durchgeführt.

☐ **nein**

☐ **ja**

Art des Verfahrens (z. B. Einbürgerung, Verzicht)	Name und Ort der Behörde in Deutschland	Aktenzeichen der Behörde in Deutschland

Bitte Nachweise zu den Verfahren beifügen.

8 Aufenthaltszeiten des Kindes

Angaben zu den Aufenthaltszeiten und -orten seit Geburt (keine Aufenthalte von weniger als 6 Monaten)

von:	bis:	Ort:	Staat (z. B. Polen, Deutschland, USA)

Nach deutschem Recht sind Kinder ab dem vollendeten 14. Lebensjahr strafmündig. Aus diesem Grund sind für Kinder ab 14 Jahre erfolgte Verurteilungen und anhängige Ermittlungs- und Strafverfahren mitzuteilen.

9 Angaben zu Straftaten im In- und Ausland (nur ausfüllen für Kinder ab 14 Jahre)

Das Kind wurde bereits in einem Strafverfahren rechtskräftig verurteilt.

☐ nein

☐ ja

Bitte machen Sie Angaben zu Tatbestand, Strafmaß, verurteilendes Gericht/Behörde und Datum der Verurteilung

Bitte übersenden Sie auf Aufforderung ein aktuelles polizeiliches Führungszeugnis (nicht älter als 6 Monate) Ihres Aufenthaltsstaates.

Bitte Merkblatt beachten.

Gegen das Kind laufen ein oder mehrere Ermittlungsverfahren.

☐ nein

☐ ja

Bitte machen Sie Angaben, aufgrund welcher Umstände gegen das Kind ermittelt wird.

Das Kind wurde bereits – in Deutschland oder einem anderen Staat – wegen einer rechtswidrigen antisemitischen, rassistischen oder sonstigen menschenverachtenden Tat zu einer Freiheits-, Geld- oder Jugendstrafe verurteilt:

☐ nein

☐ ja

Bitte machen Sie Angaben zu Tatbestand, Strafmaß, verurteilendes Gericht / Behörde und Datum der Verurteilung

Fügen Sie bitte je Verurteilung das entsprechende vollständige Urteil zusammen mit einer Übersetzung bei.

10 Angaben zum Verfolgungsschicksal der Familie zwischen dem 30.01.1933 und dem 08.05.1945

Wer war zwischen 1933 und 1945 von Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen im Sinne von Artikel 116 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes betroffen?

Familienname des Vorfahren / der Vorfahrin

Vornamen des Vorfahren / der Vorfahrin

Verwandtschaftsgrad (z. B. Großvater, Urgroßmutter)

Geben Sie bitte den Verfolgungsgrund an (z. B. als Jude verfolgt):

Füllen Sie bitte je Generation eine **Anlage_AV** aus, zurückgehend bis einschließlich zu der Person, die zwischen 1933 und 1945 verfolgt worden ist.

Besaß diese Person zwischen 1933 und 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit?

☐ ja

ging verloren am (Datum)

Verlustgrund (z. B. Einbürgerung in anderes Land, durch Eheschließung mit einem Ausländer)

☐ nein

☐ Die Person war von einer Sammeleinbürgerung deutscher Volkszugehöriger ausgeschlossen.

Wann war das und um welches Gebiet/Land handelte es sich (z. B. Danzig, Böhmen-Mähren)?

☐ Dem damaligen Antrag auf Einbürgerung der Person wurde nicht entsprochen.

Wann war das und bei welcher Behörde in welcher Stadt in Deutschland?

☐ Sonstiges:

Erläutern Sie bitte, warum die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erworben wurde.

Bitte jeweils Nachweise zu den Angaben beifügen.

Seit wann wohnte Ihre Familie in Deutschland?

☐ schon immer

☐ seit:

Vorname und Familienname der Person, die als erstes aus Ihrer Familie in Deutschland wohnte

Geburtsdatum:

Geburtsort / Geburtsstaat

Bitte Nachweise zum Wohnsitz in Deutschland – soweit vorhanden – beifügen.

Adresse des ersten Wohnsitzes im damaligen Deutschland (Ort, Straße und Hausnummer)

☐ unbekannt

11 Angaben zu Staatsangehörigkeitsverfahren von Familienangehörigen (Die Angaben sind freiwillig.)

Folgende Familienangehörige haben bereits in Deutschland ein Staatsangehörigkeitsverfahren durchgeführt (Sie z. B. einen Staatsangehörigkeitsausweis erhalten haben oder in Deutschland eingebürgert wurden):

– Bitte Kopien der Urkunden beifügen –

Familienname, Vorname

Verwandtschaftsgrad
(z. B. Bruder, Tante, Cousine)

Ausstellungsdatum und -ort der Urkunde und Name der Behörde

12 Angaben zu den Eltern des Kindes

Wurden das Kind von seinen Eltern oder einem Elternteil als Kind angenommen (adoptiert)?

☐ **nein**

☐ **ja** am (Datum):

Bitte Nachweis der Adoption in beglaubigter Kopie beifügen.

Erster Elternteil (z. B. Vater)

Familienname
Vornamen
Geburtsname und / oder früherer Namen
Geburtsdatum
Geburtsort / Geburtsstaat

Zweiter Elternteil (z. B. Mutter)

Familienname
Vornamen
Geburtsname und / oder früherer Namen
Geburtsdatum
Geburtsort / Geburtsstaat

☐ die Eltern waren nie miteinander verheiratet oder als eingetragene Lebenspartnerschaft verbunden

☐ die Eltern sind / waren miteinander verheiratet oder als eingetragene Lebenspartnerschaft verbunden

von:

bis:

Bitte Nachweis beifügen.

Weitere Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften der Eltern des Kindes (vorherige und spätere):

von:

bis:

von:

bis:

Staatsangehörigkeiten der Eltern (aktuell und / oder in der Vergangenheit):

Staatsangehörigkeit	von	bis	Staatsangehörigkeit	von	bis

Zum Besitz einer deutschen Staatsangehörigkeit bitte Nachweise beifügen!

Aufenthaltszeiten und Orte der Eltern (keine Aufenthalte von weniger als 6 Monaten)

von	bis	Ort / Staat	von	bis	Ort / Staat

Der Elternteil ist verstorben:

☐ **nein**

verstorben am (Datum):

☐ **ja**

☐ **nein**

verstorben am (Datum):

☐ **ja**

13 Vollmacht

☐	Ich habe / Wir haben eine Vollmacht erteilt. Sämtlicher Schriftwechsel soll über die bevollmächtigte Person geführt werden.	Bitte Vollmacht beifügen.
☐	Es wurde keine Vollmacht erteilt.	☐ die erste gesetzliche Vertretung
☐	Der Schriftwechsel soll geführt werden über	☐ die zweite gesetzliche Vertretung

14 Erklärungen und Hinweise

Ich erkläre / Wir erklären: „**Ich beantrage / Wir beantragen die Einbürgerung in den deutschen Staatsverband für das genannte minderjährige Kind.**“

Ich versichere / Wir versichern, **dass die Angaben richtig und vollständig sind.**

Ich habe / Wir haben davon Kenntnis genommen, dass

- falsche oder unvollständige Angaben zur Rücknahme der Einbürgerung führen können.
- Änderungen der Antragsangaben zum Kind sofort mitzuteilen sind.

Informationen zu Ihren Rechten im Rahmen der Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 und Artikel 14 der EU- Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) erhalten Sie auf der Internetseite des Bundesverwaltungsamtes unter dem Thema: Staatsangehörigkeitsverfahren in Bundeszuständigkeit (allgemein) sowie auf der Seite zum jeweiligen Verfahren. Dort finden auch die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten.

Ort und Datum:

Unterschrift der **ersten** gesetzlichen Vertretung

Ort und Datum:

Unterschrift der **zweiten** gesetzlichen Vertretung:

Anlagen

☐ Anlage Vollmacht

☐ Anlagen_AV

Anzahl:

☐ weitere Anlagen:

Anzahl:



Merkblatt

zur Wiedergutmachungseinbürgerung gemäß § 15 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

– für Personen, die im Ausland leben –

Sie erhalten einen Überblick über die seit dem 20.08.2021 neu geregelte Wiedergutmachungseinbürgerung. Begünstigt werden Personen, die im Zusammenhang mit nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen aus den in Artikel 116 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes aufgeführten Gründen die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Entzug, sondern auf andere Weise verloren haben oder nie haben erwerben können und ihre Abkömmlinge.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte direkt an das Bundesverwaltungsamt in Köln oder an die für Sie zuständige deutsche Auslandsvertretung.

1. Wer kann eingebürgert werden?

Personen, die im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen in der Zeit vom 30.01.1933 bis zum 08.05.1945

1. die deutsche Staatsangehörigkeit vor dem 26.02.1955 aufgegeben oder verloren haben (insb. durch Einbürgerung auf Antrag in einen anderen Staat),
2. von einem gesetzlichen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Eheschließung, Legitimation oder Sammeleinbürgerung deutscher Volkszugehöriger ausgeschlossen waren,
3.
 - a. nach Antragstellung nicht eingebürgert worden sind, oder
 - b. allgemein von einer Einbürgerung – die bei einer Antragstellung sonst möglich gewesen wäre – ausgeschlossen waren, oder
4. ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland – in den Grenzen vom 31.12.1937 – aufgegeben oder verloren haben, wenn dieser
 - a. bereits vor dem 30.01.1933 begründet worden war oder
 - b. als Kind auch nach dem 30.01.1933 begründet worden war.

Die Einbürgerungsmöglichkeit steht auch den Abkömmlingen dieser Personen offen.

Dazu zählen auch diejenigen Abkömmlinge, die vor dem 01.01.1977 von anspruchsberechtigten Personen adoptiert worden sind.

2. Unter welchen Voraussetzungen kann ich eingebürgert werden?

2.1. Straffreiheit

Verurteilungen (im In- und Ausland) zu Freiheits- oder Jugendstrafen von zwei oder mehr Jahren, die Anordnung von Sicherungsverwahrung bei der letzten rechtskräftigen Verurteilung oder das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 11 StAG können dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit entgegenstehen.

2.2. Erfüllen der staatsbürgerlichen Voraussetzungen

Einzubürgernde Personen, die 16 Jahre alt sind oder älter, haben vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde ein feierliches Bekenntnis nach § 16 Staatsangehörigkeitsgesetz abzugeben.

2.3. Kein zwischenzeitlicher Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

Wenn Sie die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem verfolgungsbedingt vorenthaltenen Erwerb (1933 – 1945) erworben oder nach der verfolgungsbedingten Aufgabe oder dem verfolgungsbedingt eingetretenen Verlust wiedererworben haben (z. B. durch Einbürgerung) und sie danach wieder verloren haben (z. B. durch Verzicht, Entlassung, Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit auf Antrag), können Sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erneut durch Einbürgerung nach § 15 StAG erwerben. Dies gilt auch für Kinder, die nach dem (erneuten) Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit geboren oder als Kind angenommen wurden.

Ausnahme: Der Einbürgerung steht es nicht entgegen, wenn die nach dem 08.05.1945 erworbene deutsche Staatsangehörigkeit vor dem 01.04.1953 durch die Eheschließung mit einem Ausländer oder durch eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation durch einen Ausländer verloren gegangen ist.

3. Muss ich meine aktuelle Staatsangehörigkeit mit der Einbürgerung aufgeben?

Nein.

Ob Sie Ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten oder verlieren, hängt allein vom Recht des Staates ab, dessen Staatsangehörigkeit Sie aktuell besitzen. Bitte informieren Sie sich daher auch frühzeitig vor der Einbürgerung bei den zuständigen Behörden Ihres Herkunftsstaates.

Zu ausländischen Gesetzen kann das Bundesverwaltungsamt nicht beraten.

4. Was muss ich tun, wenn ich einen Einbürgerungsantrag stellen möchte?

Sie können Ihren Einbürgerungsantrag direkt beim Bundesverwaltungsamt stellen. Wenn Sie ihn bei der für Sie zuständigen deutschen Auslandsvertretung einreichen, wird diese den Antrag an das Bundesverwaltungsamt weiterleiten.

Bitte verwenden Sie den vom Bundesverwaltungsamt bereitgestellten Antragsvordruck.

Sollten Sie Hilfe benötigen, wenden Sie sich bitte an die zuständige deutsche Auslandsvertretung. Dort werden Sie auch persönlich beraten.

5. Welche Vordrucke gibt es?

- Antrag E15: Antragsvordruck für Personen ab 16 Jahre
Minderjährige ab 16 Jahre werden in Fragen der Staatsangehörigkeit Volljährigen gleichgestellt; sie geben alle Erklärungen selbst ab.
- Antrag E15_K: Antragsvordruck für Kinder unter 16 Jahren
Der Antrag ist von allen sorgeberechtigten Personen als gesetzliche Vertreter zu unterzeichnen.
- Anlage_AV für ergänzende Angaben zu weiteren Vorfahren
- Vollmacht: zur Bevollmächtigung eines Dritten

Die Vordrucke erhalten Sie:

- über die Internetseite des Bundesverwaltungsamtes
www.bundesverwaltungsamt.de, dort unter dem Thema: Staatsangehörigkeit > Einbürgerung beantragen / Erklärungsantrag > Wiedergutmachungseinbürgerung nach Verfolgung

oder

- auf direkte Anforderung vom Bundesverwaltungsamt

oder

- bei der für Sie zuständigen deutschen Auslandsvertretung.

6. Wie ist der Vordruck E15 auszufüllen?

Abschnitt 5: „*Frühere Staatsangehörigkeiten*“

Es sind hier nur die Staatsangehörigkeiten anzugeben, die Sie aktuell nicht mehr besitzen, aber früher einmal besessen haben.

Beispiel: Sie haben diese Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung in einem anderen Staat verloren. Geben Sie den Zeitraum, währenddessen Sie die frühere Staatsangehörigkeit besessen haben, so genau wie möglich an.

Abschnitt 7: „*Angaben zu anderen Staatsangehörigkeits- oder Vertriebenenverfahren in Deutschland*“

Sofern Sie bereits ein Staatsangehörigkeitsverfahren und/oder ein Verfahren nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in Deutschland durchgeführt haben, machen Sie hier zur Unterstützung der Bearbeitung Angaben. In Kenntnis des Aktenzeichens und der durchführenden Behörde kann das Bundesverwaltungsamt die damaligen Verfahrensakten beiziehen und die dort vorhandenen Urkunden und Unterlagen nutzen. Diese Dokumente müssten Sie dann nicht noch einmal einreichen.

Es ist jedoch möglich, dass aufgrund datenschutzrechtlicher Aufbewahrungsfristen die Altakten nicht mehr vorhanden oder Unterlagen durch Zeitablauf nicht mehr beweiskräftig sind. Solche Unterlagen werden von uns nachgefordert.

Abschnitt 8: „*Angaben über Straftaten im In- und Ausland*“

Auf Anforderung müssen Sie ein aktuelles Dokument Ihres Aufenthaltsstaates, welches umfassende Auskunft über Ihre strafrechtliche Unbescholtenheit gibt

(so genanntes polizeiliches Führungszeugnis, Strafregisterauszug oder Criminal record) einreichen.

Die strafrechtliche Auskunft muss sich auf den gesamten Staat beziehen, nicht auf einzelne Bundesstaaten, Provinzen oder Counties. Die Bescheinigung ist im Original vorzulegen.

Beispiel: In den USA Lebende, müssen eine Auskunft des Federal Bureau of Investigation (FBI) vorlegen.

Abschnitt 9: *„Meine Aufenthaltszeiten“*

Besuchsaufenthalte, Urlaubsreisen, Montageaufenthalte etc. bis zu sechs Monaten müssen nicht angegeben werden.

Abschnitt 10: *„Angaben zum Verfolgungsschicksal meiner Familie zwischen dem 30.01.1933 und dem 08.05.1945“*

Diese Angaben werden für die Prüfung Ihres Einbürgerungsanspruchs benötigt. Machen Sie daher so ausführliche und genaue Angaben wie möglich. Sollte der Platz nicht ausreichen, machen Sie weitere Angaben auf einem gesonderten Blatt, das Sie dem Antrag beifügen.

Geben Sie hier bitte an, welche Person Ihrer Vorfahren zwischen 1933 und 1945 nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt gewesen war und deswegen Deutschland hatte verlassen müssen, sofern Sie nicht selbst davon betroffen waren.

„Seit wann wohnte Ihre Familie in Deutschland?“

Maßgeblich ist hier der Wohnort im damaligen Deutschland, in denen Sie oder Ihre Vorfahren nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren.

Abschnitt 11: *„Angaben zu Staatsangehörigkeitsverfahren meiner Familienangehörigen“*

Haben Familienangehörige von Ihnen bereits ein Staatsangehörigkeitsverfahren in Deutschland durchgeführt? Hat z. B. jemand seine Einbürgerung beantragt oder die Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit (Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises)? Sie können diese Verfahren angeben und sich auf die Urkunden und Unterlagen beziehen, die Ihr Verwandter zum Zweck seines Antrags vorgelegt hat um z. B. nachzuweisen, dass Ihr gemeinsamer Vorfahre oder die gemeinsame Vorfahrin früher einmal die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hatte.

Mit Angabe des Aktenzeichens und der durchführenden Behörde kann das Bundesverwaltungsamt die damaligen Verfahrensakten beiziehen und die dort vorhandenen Urkunden und Unterlagen nutzen. Diese Dokumente müssten Sie in der Regel dann nicht noch einmal beim Bundesverwaltungsamt einreichen.

Legen Sie, soweit möglich, einfache Kopien der Staatsangehörigkeitsurkunden (u. a. Einbürgerungsurkunde oder Staatsangehörigkeitsausweis) Ihrer Familienmitglieder bei. Dies erleichtert uns das Auffinden der Akten bei anderen deutschen Behörden.

Es ist jedoch möglich, dass aufgrund datenschutzrechtlicher Aufbewahrungsfristen die Altakten nicht mehr vorhanden oder Unterlagen durch Zeitablauf nicht mehr beweiskräftig sind. Solche Unterlagen werden von uns nachgefordert.

Abschnitt 12: *„Angaben zu meinen Eltern“*

Bitte machen Sie so genaue Angaben wie möglich. Dazu gehören die aktuellen und früheren Staatsangehörigkeiten Ihrer Eltern wie auch die Antwort auf die Frage, ob Ihre Eltern z. B. mit einander verheiratet waren oder nicht.

7. „Anlage_AV“ (Vorfahren) – Was muss ich beachten?

Füllen Sie für jede Generation vor Ihren Eltern jeweils eine Anlage AV vollständig aus (z. B. zu Ihren Großeltern mütterlicherseits und den Eltern Ihres Großvaters mütterlicherseits, also Ihren Urgroßeltern), bis zu der Person Ihrer Vorfahren, die zwischen 1933 und 1945 nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt gewesen war und deswegen Deutschland hatte verlassen müssen.

8. Welche Unterlagen sind erforderlich und beizufügen?

- Kopie Ihres aktuellen ausländischen Reisepasses oder Personaldokumentes (Seiten mit Passbild und Personalangaben), (siehe Abschnitt 2)
- Ihre Geburtsurkunde bzw. Abstammungsurkunde
- Heiratsurkunde Ihrer Eltern
- Ihre Heiratsurkunde (sofern Sie verheiratet sind)
- Geburts- oder Abstammungsurkunden, sowie Heiratsurkunden, Familienbücher (soweit vorhanden) für alle Vorfahren Ihrer aufsteigenden Linie, zurück bis zu der Person Ihrer Vorfahren, die zwischen 1933 und 1945 nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt gewesen war und deswegen Deutschland hatte verlassen müssen (siehe Abschnitt 10).
- (auf Anforderung) aktuelles Dokument Ihres Aufenthaltsstaates, welches umfassende Auskunft über Ihre strafrechtliche Unbescholtenheit gibt (so genanntes polizeiliches Führungszeugnis, Strafregistrauszug oder Criminal record)
- Dazu gehören u. a. auch, soweit zutreffend:
 - Adoptionsunterlagen (Adoptionsurkunde, Gerichtsbeschluss)
 - Scheidungsunterlagen (Scheidungsurteil mit Rechtskraftvermerk)
 - Lebenspartnerschaftsurkunde
 - Unterlagen bezüglich Vaterschaftsanerkennung oder -feststellung
 - Unterlagen zur Namensänderung (antragstellende Personen und die maßgeblichen Vorfahren), u. a. Namensänderungsurkunden, Heiratsurkunden oder andere amtliche Unterlagen über die Namensführung
- Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit bis zu der Person Ihrer Vorfahren, die zwischen 1933 und 1945 nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt gewesen war und deswegen Deutschland hatte verlassen müssen

oder

- Nachweis, dass der gewöhnliche Aufenthalt in Deutschland bereits vor dem 30.01.1933 begründet worden war (als Kind auch nach diesem Zeitpunkt) und/oder über den Ausschluss vom Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit (z. B. beantragte, aber nicht erfolgte Einbürgerung zwischen 1933 und 1945)

sowie

- Nachweise über die Verfolgungsgründe und -maßnahmen, denen Sie selbst oder die Person Ihrer Vorfahren zwischen 1933 und 1945 ausgesetzt waren.

Weitere notwendige Unterlagen:

Gegebenenfalls Nachweise darüber, wann die maßgebliche Person Ihrer Vorfahren, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen war, eine fremde Staatsangehörigkeit angenommen hatte

Unterlagen, die Rückschlüsse auf die deutsche Staatsangehörigkeit zulassen

Zum Beispiel: Einbürgerungsurkunden, Bescheinigungen oder Urkunden über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung oder Option, Spätaussiedlerbescheinigung gemäß § 15 Bundesvertriebenengesetz, Ernennungsurkunden bei Beamten/Beamtinnen, Staatsangehörigkeitsausweise, Heimatscheine, Urkunden oder Ausweise über Rechtsstellung als Deutscher, Reisepässe, Personalausweise und andere Ausweispapiere (auch alte), Meldebestätigungen, Vertriebenenausweise.

Unterlagen, die Rückschlüsse auf die Verfolgungsgründe und –maßnahmen zulassen

Zum Beispiel: Nachweise über Berufsverbote, Entlassung aus dem öffentlichen Dienst, Entziehung der Zulassung als Arzt/Ärztin oder Rechtsanwalt/Rechtsanwältin; Ausweisungsanordnung; Inhaftierungsunterlagen; Internierungsnachweise; Unterlagen über Enteignungen; Eintragungen der Religionszugehörigkeit in Geburts- oder Heiratsurkunden, Zugehörigkeit zu einer verfolgten Religionsgemeinschaft, Vermerke in Reisepässen oder auf anderen amtlichen Dokumenten; Entschädigungsunterlagen.

9. In welcher Form sind die Unterlagen vorzulegen?

Unterlagen (insbesondere Urkunden) – soweit nicht anders angegeben – müssen im Original oder in amtlich oder notariell beglaubigter Fotokopie des Originals vorgelegt werden. Fotokopien müssen vollständig sein, das heißt Vorder- und Rückseite des Dokuments müssen vorgelegt werden. Unbeglaubigte Fotokopien und Abschriften können grundsätzlich nicht anerkannt werden.

Beglaubigungen können nur durchgeführt werden von:

- (Staats-)Notaren oder
- Standesbeamten der Stelle, die den Eintrag in das Personenstandsregister vorgenommen hat oder
- deutschen Behörden (z. B. Meldeamt, Standesamt, Auslandsvertretung).

Beglaubigungen von anderen Stellen werden grundsätzlich nicht anerkannt.

Bei den Beglaubigungen ist darauf zu achten, dass die vollständige inhaltliche Übereinstimmung der Kopie mit dem Original beglaubigt wird.

Der Beglaubigungsvermerk muss im Original vorliegen, das heißt

- mit dem Originalstempel des Notariats oder Standesamtes und
- mit der Originalunterschrift des Notars/ der Notarin oder des Standesbeamten/ der Standesbeamtin.

Kopien von Beglaubigungsvermerken oder Beglaubigungsvermerke, welche lediglich die Unterschrift des Übersetzers/ der Übersetzerin beglaubigen, reichen nicht aus.

Ausländische öffentliche Urkunden (z. B. Personenstandsurkunden) sind in der Regel zu legalisieren bzw. mit einer Haager Apostille zu versehen.

Ausgenommen hiervon sind

- Personenstandsurkunden der EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz sowie

- internationale mehrsprachige Urkunden (Geburtsurkunde, Heiratsurkunde, Sterbeurkunde) aus: Bosnien-Herzegowina, Republik Moldau, Republik Nordmazedonien, Montenegro, Republik Serbien und der Republik Türkei

Informationen zum Legalisierungsverfahren erhalten Sie von Ihrer zuständigen deutschen Auslandsvertretung. Dort können Sie zusätzlich weitere Informationen darüber erhalten, in welcher Form (Art der Beglaubigung) Sie die Urkunden Ihres Heimatstaates einreichen können.

Allen fremdsprachigen Unterlagen ist eine Übersetzung eines/einer vereidigten Übersetzers/Übersetzerin so beizufügen, dass die Übersetzung dem Original zweifelsfrei zugeordnet ist. Übersetzungen von nicht vereidigten Personen werden nicht anerkannt.

Hinweis: Originaldokumente können regelmäßig erst nach Abschluss des gesamten Verfahrens auf besondere Anforderung zurückgegeben werden. Es wird empfohlen, nur beglaubigte Kopien zu übersenden. Sollte ausnahmsweise ein Original erforderlich sein, wird es ausdrücklich nachgefordert.

10. Welche Gebühren werden erhoben?

Das Verfahren ist für Sie gebührenfrei.

Bitte beachten Sie, dass im Verfahren von Ihnen aufgewendete Sachkosten (z. B. die Beschaffung von Urkunden, Kosten für Übersetzungen und Beglaubigungen) sowohl im Falle der Einbürgerung als auch bei Erlass einer ablehnenden Entscheidung nicht ersetzt werden können.

11. Hinweis zum Datenschutz nach Artikel 13 und 14 EU- Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Gemäß § 31 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) ist das Bundesverwaltungsamt als Staatsangehörigkeitsbehörde für Personen im Ausland berechtigt, personenbezogene Daten zu erheben, zu speichern, zu verändern und zu nutzen, soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgabe erforderlich ist (Zweck).

Ausführliche Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 und 14 DSGVO erhalten Sie auf der Internetseite des Bundesverwaltungsamtes unter dem Thema: Staatsangehörigkeit sowie auf der weiterführenden Informationsseite zum jeweiligen Verfahren. Dort sind auch die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten bereitgestellt.

12. Kontaktdaten

Postanschrift
Bundesverwaltungsamt
50728 Köln
Deutschland

Internetadresse
www.bundesverwaltungsamt.de

E-Mailadresse
staatsangehoerigkeit@bva.bund.de

Telefonnummern
+49 22899358-44900 oder +49 221758-44900 (Allgemeiner Auskunftsdienst)

zu unseren Servicezeiten Montag und Mittwoch von 10.00 Uhr – 12.00 Uhr und
Dienstag und Donnerstag von 14.00 Uhr – 16.30 Uhr

Telefaxnummern
+49 22899358-44019 oder +49 221758-44019

Vollmacht

An das

Bundesverwaltungsamt

50728 Köln

Germany

Durchführung von Staatsangehörigkeitsverfahren

Aktenzeichen:

Antragstellende Person	Familiename		Vorname
	Geburtsdatum	Geburtsort / Staat	
	vollständige Anschrift (Straße, Haus-Nummer, Postleitzahl, Ort / Staat)		

Vollmacht

Bevollmächtigte Person	Name		Vorname
	vollständige Anschrift (Straße, Haus-Nummer, Postleitzahl, Ort / Staat)		
	Telefonnummer	E-Mail	

wird von mir (für mein minderjähriges Kind) in allen Staatsangehörigkeitsverfahren bevollmächtigt.

Die Vollmacht gilt für alle damit verbundenen Verfahrenshandlungen, einschließlich der Antragstellung, der Abgabe von Erklärungen, der Entgegennahme von Bescheiden und der Durchführung eines Widerspruchsverfahrens.

Ort, Datum
Unterschrift der antragstellenden Person oder der ersten gesetzlichen Vertretung

Ort, Datum
Unterschrift der zweiten gesetzlichen Vertretung

Hinweise:

- Bei minderjährigen Kindern unter 16 Jahren müssen die sorgeberechtigten Eltern (bzw. andere Personen, die die gesetzliche Vertretung ausüben) unterschreiben.
- Minderjährige ab 16 Jahre stellen einen eigenen Antrag und unterschreiben daher die Vollmacht selbst.
- Sie können die Vollmacht jederzeit schriftlich widerrufen. Das Verfahren wird dann über die zuständige deutsche Auslandsvertretung mit Ihnen persönlich weitergeführt.



Datenschutzerklärung

im Sinne der EU - Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
zu den **Staatsangehörigkeitsverfahren in Bundeszuständigkeit**
(Stand: Mai 2026)

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Durchführung von Staatsangehörigkeitsverfahren durch Erklärung oder auf Antrag von Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland.

2. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

2.1. Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist das:

Bundesverwaltungsamt
Barbarastraße 1
50735 Köln
Tel.: +49 (0) 22899 – 358 – 0
Fax: +49 (0) 22899 – 358 – 41747
E-Mail: poststelle@bva.bund.de

► Bitte beachten Sie bei einer Kontaktaufnahme auch unsere Kommunikationshinweise unter Nr. 12

2.2. Bei konkreten Datenschutzfragen wenden Sie sich bitte an:

Bundesverwaltungsamt
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
DGZ-Ring 12
13086 Berlin
Tel.: +49 (0) 22899 – 358 – 29888
Fax: +49 (0) 22899 – 358 – 46793
E-Mail: Datenschutzbeauftragter@bva.bund.de

3. Art und Herkunft der personenbezogenen Daten

3.1. Allgemein

Wir verarbeiten alle die Daten, die Sie mit der Antragsstellung/Erklärung bei uns einreichen. Dazu zählen Ihre Antrags- bzw. Erklärungsangaben und die Daten, die in den beiliegenden Urkunden und Unterlagen enthalten sind. Dabei kann es sich auch um sogenannte „sensible Daten“ nach Art. 9 DSGVO handeln (u. a. Religionszugehörigkeit oder Gesundheitsdaten), die aus Ihren Angaben und eingereichten Dokumenten hervorgehen.

Das Bundesverwaltungsamt kann im Rahmen der Bearbeitung je nach Verfahren, insbesondere durch Ermittlungen, von anderen Stellen weitere personenbezogene Daten erhalten (u. a. zu Staatsangehörigkeitsverhältnissen, Straffälligkeiten oder Meldedaten).

Entsprechende Stellen je Verfahren siehe Nr. 6.

3.2. Onlinebeantragung über das Bundesportal

Sofern Sie Ihren Antrag bzw. Ihre Erklärung online über das Bundesportal abgegeben haben, erhalten wir Ihre personenbezogenen Daten von der Bundesdruckerei GmbH als Host der Plattform.

Bezüglich der notwendigen personenbezogenen Daten unterscheidet sich das Onlineverfahren nicht vom bisherigen analogen Papierverfahren. Die Onlineformulare sind bei der Datenabfrage lediglich an die technischen Bedingungen angepasst worden.

4. Rechtsgrundlage und Zweck der Datenverarbeitung

Gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO und § 3 BDSG in Verbindung mit § 31 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) ist das Bundesverwaltungsamt als Staatsangehörigkeitsbehörde für Personen im Ausland berechtigt, zur Durchführung eines Staatsangehörigkeitsverfahrens personenbezogene Daten zu verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist (Wahrnehmung seiner im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben).

Damit Sie die Leistungen des Bundesverwaltungsamts auf dem Bundesportal aufrufen und nutzen können, werden durch das Bundesportal die folgenden technisch notwendigen Cookies eingesetzt (z. B. Session-Cookies):

- Um Ihren Browser für die laufende Sitzung im Bundesportal wiederzuerkennen und so die unterschiedlichen Funktionen des Bundesportals zu ermöglichen,
- um eine Authentisierung am Nutzerkonto Bund zu ermöglichen,
- um Sie gegenüber einem Fachverfahren ggf. zu authentisieren (Authentisierung mit dem Nutzerkonto Bund).

Für diese ist eine Zustimmung der nutzenden Person nicht erforderlich, vgl. § 25 Abs. 2 Nr. 2 Gesetz über den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei digitalen Diensten (TDDDG). Die verschlüsselten Authentisierungs-Cookies werden direkt nach der Authentisierung gelöscht, die Cookies zur Wiedererkennung der Browsersitzung werden entweder mit Beendigung der Browsersitzung oder spätestens nach 30 Minuten gelöscht. Ohne den Einsatz dieser technisch notwendigen Cookies können die Leistungen des BVA nicht zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus wird – soweit Sie über das Einwilligungsbanner eine entsprechende Einwilligung gem. § 25 Abs. 1 TDDDG erteilt haben – durch das Bundesportal eine Webanalyse mittels Zugriffs auf Ihr Endgerät durchgeführt. Die in diesem Rahmen eingesetzten Cookies verlieren ihre Gültigkeit nach einem Tag (Visitor-Cookie zur Wiedererkennung Ihres Browsers) bzw. nach 7 Tagen (Cookie über den Vermerk Ihre der Zustimmung oder Ablehnung der Webanalyse Ihres Browsers).

Das BVA hat auf die Anzahl, Namen und Zwecke der Cookies des Bundesportals keinen Einfluss. Bitte informieren Sie sich über diese direkt in der Datenschutzerklärung des Bundesportals unter folgendem Link: <https://verwaltung.bund.de/portal/DE/datenschutz>

5. Weiterverarbeitung der personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck

- 5.1.** Nach bestandskräftigem Abschluss des Staatsangehörigkeitsverfahren (positiv wie auch negativ), ist die Entscheidung gem. § 33 Abs. 3 StAG an das Register über Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten (Register EStA) zu übermitteln.

Im Register werden folgende Daten gespeichert:

- Grundpersonalien der antragstellenden bzw. erklärenden Person (Familiename, Geburtsname, frühere Namen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Geschlecht, Anschrift im Zeitpunkt der Entscheidung)
- Rechtsgrund und Datum der Urkunde oder der Entscheidung sowie Rechtsgrund und Tag des Erwerbs oder Verlusts der Staatsangehörigkeit, bei Vorliegen einer Sperrfrist zur Einbürgerung Beginn und Ende der Sperrfrist
- Bezeichnung, Anschrift und Aktenzeichen der Behörde, die die Entscheidung getroffen hat

Die Daten werden im EStA-Register dauerhaft gespeichert und sind nur den in § 33 Abs. 4 StAG genannten Stellen zugänglich.

5.1.1 Ihre Rechte

Sie haben gegenüber dem Bundesverwaltungsamt (Registerbehörde) das Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) und auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO) und gegenüber der Behörde, die den Eintrag vorgenommen hat, das Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO) bzw. Löschung (Art. 17 DSGVO) der Daten; jeweils unter den dort beschriebenen Voraussetzungen.

Darüber hinaus steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu. Aufsichtsbehörde ist der/die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Kontaktdaten: siehe unter Nr. 9).

5.1.2 Verantwortlicher für das Register EStA ist auch hier das Bundesverwaltungsamt (Kontaktdaten: siehe unter Nr. 2).

- 5.2** Gemäß § 32 StAG ist das Bundesverwaltungsamt als Staatsangehörigkeitsbehörde gesetzlich verpflichtet anderen Staatsangehörigkeitsbehörden personenbezogene Daten (z. B. in Form der Übersendung

einer Staatsangehörigkeitsakte zur Einsichtnahme) zu übermitteln, wenn diese zur Aufgabenerfüllung der anderen Staatsangehörigkeitsbehörde notwendig sind.

- 5.3** Datenübermittlung zwecks Erfüllung von Meldepflichten nach Vorschriften der Europäischen Union. Nach bestandskräftigem Abschluss des Staatsangehörigkeitsverfahren, bei denen das Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit festgestellt oder diese verliehen wurde (insbesondere durch Einbürgerung) und sofern die betreffende Person bis dahin nur die Staatsangehörigkeit eines Staates besessen hatte, der kein EU-Mitgliedstaat ist, erfolgt eine Datenübermittlung an die europäische Agentur eu-LISA über die nationale Schnittstelle beim Bundesverwaltungsamt zwecks Löschung der eventuell vorhandenen Daten der betreffenden Person aus einem EU-Register.

Betreffende Register:

Einreise-/Ausreiseregister (EES) nach der Verordnung (EU) 2017/2226 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2017 (EU VO 2017/2226 v. 30.11.2017) i. V. m. § 91 h Abs. 4 AufenthG).

Es werden folgende Datenkategorien übermittelt:

- Grundpersonalien der antragstellenden bzw. erklärenden Person (Familiennamen, Geburtsnamen, frühere Namen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Geschlecht, Anschrift im Zeitpunkt der Entscheidung)
- Aktenzeichen der Behörde, die die Meldung tätigt
- Angaben des vorliegenden Identitätsdokuments (Dokumentennummer, Ausstellungsdatum, ausstellender Staat, Ablaufdatum) sowie zu früheren und bestehenden Staatsangehörigkeiten

6. Empfänger der Daten

Zwecks Durchführung der gesetzlich geregelten Verfahren werden Ihre personenbezogenen Daten auch an andere Empfänger oder Kategorien von Empfängern weitergegeben.

Im Regelfall wird die jeweils zuständige Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Darüber hinaus erfolgen regelmäßig Ermittlungen bzw. Datenübermittlungen an folgende Stellen:

- **bei Feststellungsverfahren:** Einwohnermeldeämter, Kommunalarchive und Standesämter.
- **bei Einbürgerungsverfahren im Rahmen der Wiedergutmachung (Art. 116 Abs. 2 GG):** Einwohnermeldeämter, Kommunalarchive, Standesämter und Entschädigungsbehörden.
- **bei Ermessenseinbürgerung:** Verfassungsschutzbehörde (gem. § 37 StAG), die für den Einbürgerungstest zuständige Behörde.
- **bei Verzichtungsverfahren:** die für den Wehrdienst zuständige Behörde der Bundeswehr (nur bei grundsätzlich wehrpflichtigen Personen).
- **bei Erwerb durch Erklärung:** Verfassungsschutzbehörde (gem. § 37 StAG), Einwohnermeldeämter, Kommunalarchive und Standesämter.
- **bei Wiedergutmachungseinbürgerung (§15 StAG):** Verfassungsschutzbehörde (gem. § 37 StAG), Einwohnermeldeämter, Kommunalarchive, Standesämter und Entschädigungsbehörden.

Mitgeteilt werden in der Regel Ihre Grundpersonalien (Familiennamen, Geburtsnamen, frühere Namen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt), soweit vorhanden auch der letzte innerdeutsche Wohnsitz sowie die Verfahrensart (z. B. Feststellungsverfahren, Einbürgerung, Verzichtungsverfahren).

Angaben zu den regelmäßigen Empfängern von Daten **nach** Abschluss eines Staatsangehörigkeitsverfahrens finden Sie unter Nr.5.

Sofern der Antrag auf elektronischem Weg über das Bundesportal gestellt wurde, werden diese Daten von der Bundesdruckerei GmbH als Host der Plattform verarbeitet.

Eine Weitergabe Ihrer Daten zu kommerziellen Zwecken erfolgt nicht.

7. Übermittlung von Daten an ein Drittland ggf. außerhalb des Geltungsbereiches der DSGVO

Datenübermittlung an ein Drittland kann in Form von E-Mailkorrespondenz mit einer verfahrensführenden Person (antragstellende oder erklärende Person selbst oder einer bevollmächtigten Person) stattfinden. Siehe hierzu Hinweis unter Nr. 12.

8. Dauer der Datenspeicherung

Die Daten zu einem Verfahren werden solange gespeichert, wie sie zur Zweckerreichung benötigt werden und vorbehaltlich gesetzlicher Aufbewahrungsfristen.

Ihre Daten werden dauerhaft aufbewahrt. Dies ist erforderlich, um die Geltendmachung und Wahrung Ihrer Rechte und der Ihrer Nachfahren in späteren Verwaltungsverfahren geltend machen zu können.

9. Ihre Rechte

Nach der DSGVO stehen Ihnen nachfolgende Rechte zur Verfügung. Diese können Sie beim unter 2. aufgeführten datenschutzrechtlich Verantwortlichen geltend machen.

9.a Recht auf Auskunft – Art. 15 DSGVO

Mit dem Recht auf Auskunft erhält die von einer Datenverarbeitung betroffene Person eine umfassende Einsicht in die sie angehenden Daten und einige andere wichtige Kriterien, wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

9.b Recht auf Berichtigung – Art. 16 DSGVO

Das Recht auf Berichtigung beinhaltet die Möglichkeit für die betroffene Person, unrichtige sie angehende personenbezogene Daten korrigieren zu lassen.

9.c Recht auf Löschung – Art. 17 DSGVO

Das Recht auf Löschung beinhaltet die Möglichkeit für die betroffene Person, Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen.

Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die entsprechenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

9.d Recht auf Einschränkung der Verarbeitung – Art. 18 DSGVO

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für die betroffene Person, eine weitere Verarbeitung der sie angehenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen durch die betroffene Person ein.

9.e Recht auf Widerspruch – Art. 21 DSGVO

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für eine betroffene Person, aus Gründen die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, solchen weiteren Verarbeitungen ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, die zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder berechtigter öffentlicher sowie privater Interessen erfolgen. Es gelten die in § 36 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

9.f Recht auf Beschwerde – Art. 77 DSGVO

Als betroffene Person haben Sie, unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs, das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten etwa gegen die DSGVO verstößt.

Hinweis: Die für das BVA zuständige Datenschutz-Aufsichtsbehörde können Sie wie folgt erreichen:

der/die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Graurheindorfer Straße 153
53117 Bonn
Tel.: 0228 997799 – 0
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

10. Notwendigkeit der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch das Bundesverwaltungsamt steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Wahrnehmung seiner öffentlichen Aufgaben (siehe Nr. 4). Für die Erfüllung dieser Aufgaben ist die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten erforderlich. Im Falle der Nichtbereitstellung könnte Ihr Antrag/ Ihr Anliegen hier nicht bearbeitet werden.

Dies betrifft auch die im Online-Formular hinterlegten Pflichtfelder, die für die Bearbeitung des Anliegens zwingend benötigt werden. Im Falle der Nichtbereitstellung könnte Ihr Antrag/Ihr Anliegen nicht bearbeitet werden. Die mit dem Zusatz „optional“ gekennzeichneten Eingabefelder betreffen Daten, deren Angabe freiwillig ist oder

die nicht in jedem Einzelfall vorliegen und daher nicht als Pflichtfeld vorgegeben werden können. Fehlen diese optionalen Daten, kann Ihr Antrag/ Ihr Anliegen trotzdem eingereicht und bearbeitet werden, sofern für Ihren Einzelfall bestimmte Angaben zur Entscheidungsfindung dennoch benötigt werden, würden diese im Rahmen der Bearbeitung nachgefordert.

Zur Sicherheit der betroffenen Person werden die Daten verschlüsselt an das BVA übermittelt.

Im Rahmen der Staatsangehörigkeitsverfahren werden ausschließlich personenbezogene Daten verarbeitet, die zur Erfüllung der Aufgabe notwendig sind. Diese Daten stellen Sie im Rahmen des Antrages, in Erklärungen oder im Rahmen des Weiteren Verfahrens zur Verfügung (siehe Nr. 3).

Die jeweils geltende Fassung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) finden Sie unter anderem auf der Internetseite: <https://www.gesetze-im-internet.de/stag/>.

11. Entscheidungen werden automatisiert getroffen (Art. 13 Abs. 2 f DSGVO)

Es werden keine automatisierten Entscheidungen getroffen.

12. Kontaktmöglichkeit per E-Mail

Informationen und Vordrucke zur Kommunikation per E-Mail mit dem Bundesverwaltungsamt in Staatsangehörigkeitsverfahren findet Sie auf unserer Internetseite [\[Link\]](#). Bitte beachten Sie hier das entsprechende Merkblatt.

Bei allgemeinen Anfragen an das Bundesverwaltungsamt nutzen Sie bitte das Kontaktformular auf der Internetseite des Bundesverwaltungsamt [\[Link\]](#).

Es wird ausdrücklich davon abgeraten, insbesondere Anträge, Erklärungen und Unterlagen, die personenbezogene Daten enthalten (z. B. Scans von Antragsunterlagen, Personenstandsurkunden), via unverschlüsselter E-Mail zuzusenden.

Sollte das Bundesverwaltungsamt eine allgemeine Anfrage über eine E-Mail oder das Kontaktformular von Ihnen erhalten, gehen wir davon aus, dass wir zu einer Beantwortung per E-Mail grundsätzlich berechtigt sind. Ansonsten bitten wir Sie, uns ausdrücklich auf eine andere Art der Kommunikation hinzuweisen. Die Daten dieser Nachricht und Ihre E-Mail-Adresse werden dann in der Regel für die Korrespondenz mit Ihnen verwendet. Die Angabe Ihrer Anschrift ist optional und ermöglicht uns, soweit von Ihnen gewünscht, die Bearbeitung Ihres Anliegens auf postalischem Weg. Daneben werden Datum und Uhrzeit Ihrer Anfrage an uns übermittelt.

Hinweis: Ohne Angaben zu Ihrem derzeitigen Aufenthaltsstaat (Ihrer Adresse) kann eine Beratung unvollständig sein, da das Bundesverwaltungsamt nur für Personen zuständig ist, die außerhalb Deutschlands wohnen.

Wir verweisen an dieser Stelle auch auf die im Internet hinterlegte allgemeine Datenschutzerklärung des Bundesverwaltungsamtes (siehe Fußzeile neben dem Impressum).

Wir weisen Sie darauf hin, dass die Verarbeitung der mit einer E-Mail übermittelten Daten und des Inhalts (welcher ggf. ebenfalls von Ihnen übermittelte personenbezogene Daten enthält) auf Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 lit. e) DSGVO in Verbindung mit § 3 BDSG zum Zwecke der Bearbeitung Ihres Anliegens erfolgt.

In den für Ihre Anfrage zuständigen Fachreferaten werden die von Ihnen übermittelten Daten (z. B. Name, Vorname, Anschrift), zumindest jedoch die E-Mail-Adresse, sowie die in der E-Mail enthaltenen Informationen (inklusive ggf. von Ihnen übermittelter personenbezogener Daten) zum Zwecke der Kontaktaufnahme und Bearbeitung Ihres Anliegens verarbeitet.

Die Aufbewahrung und Löschung von allgemeinen Anfragen in elektronischer Form erfolgt – wie auch in Papierform – gemäß den für die Aufbewahrung und Löschung von Schriftgut geltenden gesetzlichen Fristen bzw. nach Wegfall des Verarbeitungszweckes.



Übersetzungshilfen – English translation help

Here you will find English translations of the forms and information sheets as an aid. **However, we would ask that you only fill in the German forms.**

Should you require further assistance, please contact the German mission abroad responsible for your place of residence.

Content

Application form for

- ▶ persons aged 16 or over
and
- ▶ persons under the age of 16

Appendix_AV for information on other ancestors

Information sheet

Power of attorney (only in german)

Privacy Policy (only in german)





Information sheet

Naturalization on grounds of restitution of German citizenship pursuant to section 15 of the Nationality Act (*Staatsangehörigkeitsgesetz, StAG*)

- for persons living abroad -

This sheet provides you with information on applying for naturalization on grounds of restitution of German citizenship (*Wiedergutmachungseinbürgerung*), the legal basis for which was amended on 20 August 2021. Eligible for this type of naturalization are persons and their descendants who, in connection with National Socialist persecution on the grounds stated in Article 116 (2) sentence 1 of the Basic Law (*Grundgesetz*), did not lose their German citizenship because they were deprived of it, but lost it for other reasons or were never able to acquire it.

For more information, please contact the Federal Office of Administration (*Bundesverwaltungsamt*) in Cologne or the German diplomatic mission abroad responsible for your area of residence.

1. Who may be naturalized?

Persons who, for reasons connected with persecution on political, racial or religious grounds between 30 January 1933 and 8 May 1945,

1. gave up or lost their German citizenship prior to 26 February 1955 (especially through naturalization upon application in another state),
2. were excluded from the legal acquisition of German citizenship through marriage, legitimation or the collective naturalization of ethnic Germans during this period,
3.
 - a. were not granted naturalization upon application,
or
 - b. were generally excluded from naturalization, which would otherwise have been possible upon application, or
4. gave up or lost their ordinary residence in Germany – within the borders of Germany as at 31 December 1937 – provided that residence
 - a. was established prior to 30 January 1933
or,
 - b. if such persons were children at the time, was established even after 30 January 1933.

Entitlement to naturalization also extends to the descendants of such persons.

This includes descendants who were adopted by eligible persons prior to 1 January 1977.

2. What requirements do I have to meet to become naturalized?

2.1. No criminal record

The following may conflict with the acquisition of German citizenship: terms of imprisonment or youth custody of at least two years, even if imposed abroad; preventive detention for serious offenders ordered in connection with the most recent incontestable conviction, and the existence of grounds for exclusion pursuant to section 11 of the Nationality Act.

2.2. Requirements as a citizen

Applicants aged 16 or older must pledge their allegiance to the free and democratic system anchored in Germany's Basic Law and make a declaration of loyalty pursuant to section 16 of the Nationality Act before the naturalization certificate is handed over.

2.3. Applicants may not acquire German citizenship if they already did so on a previous occasion but subsequently lost their acquired German citizenship

If you were denied acquisition of German citizenship for reasons connected with persecution (1933–1945) and acquired it subsequently, or if you gave up or lost your German citizenship for reasons connected with persecution and acquired it again (e.g. through naturalization) but then subsequently lost it once more (e.g. through renunciation, release, or acquisition of a foreign citizenship upon application), you may not reacquire German citizenship through naturalization pursuant to section 15 of the Nationality Act. This also applies to children who were born or adopted after the (renewed) loss of German citizenship.

Exception: Persons who acquired German citizenship after 8 May 1945 and lost it prior to 1 April 1953 through marriage to a foreigner or through legitimation by a foreigner, effective under German law, remain eligible.

3. Do I have to renounce my existing citizenship upon being naturalized?

No.

Whether or not you retain or lose your previous citizenship is solely governed by the law of the state whose citizenship you currently possess. We therefore advise you to inquire with the responsible authorities of your country of origin well in advance of becoming naturalised.

The Federal Office of Administration cannot give you advice as to foreign laws.

4. How do I file an application for naturalization?

You can file your application for naturalization directly with the Federal Office of Administration. You can also submit your application to the relevant German diplomatic mission abroad, which will then forward it to the Federal Office of Administration.

Please use the application form provided by the Federal Office of Administration.

If you need help, please contact the relevant German diplomatic mission abroad, where you will be given advice in person.

5. What are the relevant forms?

Application E15:	application form for persons aged 16 or over Minors aged 16 or over are treated as adults with respect to citizenship matters; they shall make all declarations themselves.
Application E15_K:	application form for children under the age of 16 The application is to be signed by <u>all</u> holders of rights of custody as legal representatives.
Appendix AV	for information on other ancestors
Vollmacht:	power of attorney to a third party

For the application forms:

- please visit the website of the Federal Office of Administration at www.bundesverwaltungsamt.de, and go to: *Staatsangehörigkeit > Einbürgerung beantragen / Erklärungserwerb > Wiedergutmachungseinbürgerung nach Verfolgung*
- or
- request the forms directly from the Federal Office of Administration
- or
- contact the German diplomatic mission abroad responsible for your area of residence.

6. How do I fill in Application E15?

Section 5: *“Previous citizenships”*

Mention here only citizenships which you previously held but no longer possess.

Example: You lost this citizenship due to naturalization in another country. Enter as precisely as possible the period during which you possessed the previous citizenship.

Section 7: *“Previous citizenship proceedings or expellee proceedings in Germany”*

Please complete this section if you have ever conducted citizenship proceedings and/or proceedings under the Federal Expellees Act (*Bundesvertriebenengesetz*) in Germany. This will help us to process your application. If you provide the reference number and details of the authority involved, the Federal Office of Administration can refer to the files from those proceedings and use any certificates and other documents they contain. This will save you having to submit those documents again.

Nevertheless, in view of limited retention periods under data protection law, it is possible that old files may no longer be available, or that documents may no longer be used as proof after a certain period of time. In such cases we will ask you to resubmit the documents.

Section 8: *“Criminal offences in Germany and abroad”*

Upon request you must submit a valid document issued by your country of residence providing comprehensive information confirming that you have no criminal record (certificate of good conduct / police clearance certificate).

The information in this certificate must relate to the whole of the country of residence, not just particular states, provinces or districts (e.g. counties). You must submit the original certificate, not a copy.

Example: Applicants living in the USA must provide information from the Federal Bureau of Investigation (FBI).

Section 9: *"Where I have lived"*

You do not need to mention any visits, holiday trips, periods of being away on a job (e.g. in construction) of up to six months.

Section 10: *"Persecution of my family between 30 January 1933 and 8 May 1945."*

We require this information in order to assess whether you are entitled to naturalization. Please provide us, therefore, with as much detailed information as possible. If there is not enough space on the form, please write any additional information on a separate piece of paper and submit this together with your application.

Please specify here which of your ancestors was exposed to National Socialist persecution between 1933 and 1945, and had to leave Germany as a result (unless you yourself were the person exposed to persecution).

"How long my family lived in Germany"

The key information here is the place of residence in Germany during the period in question where you or your ancestors lived and were exposed to National Socialist persecution.

Section 11: *"Citizenship proceedings conducted by members of my family"*

Have any members of your family ever conducted citizenship proceedings in Germany? Have any of them, for example, applied for naturalization, or for confirmation of German citizenship (in the form of a citizenship certificate)? You can provide details of any such proceedings here and refer to certificates and documents which your relative may have submitted with such applications in order to show, for instance, that one of your common ancestors once possessed German citizenship.

If you provide the reference number and details of the authority involved, the Federal Office of Administration can refer to the files from those proceedings and use any certificates and other documents they contain. This will generally save you having to re-submit those documents to the Federal Office of Administration.

If possible, however, do submit copies of any relevant certificates (including naturalization certificates or citizenship cards) of your family members. This will help us trace relevant files which may be kept by other German authorities.

Nevertheless, in view of retention periods under data protection law, it is possible that old files may no longer be available, or that documents may no longer be used as proof after a certain date. In such cases we will ask you to resubmit the documents.

Section 12: *"My parents"*

Please provide details as accurately as you can. This includes all your parents' current and previous citizenships and the answers to questions such as whether your parents were married to each other or not.

7. A note on Appendix AV (on ancestors)

Please fill in one Appendix AV for each generation preceding your parents (e.g. your maternal grandparents and the parents of your maternal grandfather, i.e. your great-grandparents), going back to and including the ancestor who was exposed to National Socialist persecution between 1933 and 1945, and had to leave Germany as a result.

8. Which documents need to be submitted with the application?

- Copy of your current foreign passport / identity document (pages with photograph and personal details), (see section 2)
 - Your birth certificate / certificate of descent
 - Marriage certificate of your parents
 - Your marriage certificate (if you are married)
 - Birth certificates / certificates of descent, marriage certificates, and family registers (if there are any) for all ancestors going back to and including the ancestor who was exposed to National Socialist persecution between 1933 and 1945, and had to leave Germany as a result (see section 10).
 - Upon request, a valid document issued by your country of residence providing comprehensive information confirming that you have no criminal record (certificate of good conduct / police clearance certificate).

 - Such documents may also include (if applicable):
 - adoption documents (certificate of adoption, court order)
 - divorce documents (judgement dissolving a marriage carrying a remark that it is a final divorce judgement)
 - civil partnership certificate
 - documentation with respect to the acknowledgement or establishment of paternity
 - documentation on any changes of name (applicant and the relevant ancestors), such as change of name certificates, marriage certificates, or other official documents on the use of the name

 - Proof of German citizenship going back to and including the ancestor who was exposed to National Socialist persecution between 1933 and 1945, and had to leave Germany as a result
- or
- Proof that ordinary residence in Germany was established prior to 30 January 1933 (or even later if those concerned were children at the time) and/or proof that they were excluded from acquiring German citizenship (e.g. applications for naturalization that were not granted between 1933 and 1945).
- and
- Proof of the reason for persecution and the type of persecution to which you or your ancestor were exposed between 1933 and 1945.

Other necessary documents:

If possible documents showing the date when your ancestor affected by National Socialist persecution took on a foreign citizenship

Documentation indicating German citizenship

For instance: Naturalization certificates; certificates confirming that the holder acquired German citizenship by declaration or by opting for it; ethnic German repatriate's certificates pursuant to section 15 of the Federal Expellees Act (*Bundesvertriebenengesetz*); letters of appointment for civil servants; citizenship cards; certificates of native country; documents certifying the holder's legal status as a German; passports; identity cards and other ID documents (including old ones); registration certificates; expellees' cards.

Documentation indicating reasons for persecution and type of persecution

For instance: Proof of being banned from practising one's profession, of being dismissed from the public service, or of having one's accreditation as a doctor or lawyer revoked; expulsion orders; documents relating to imprisonment; proof of internment; documents relating to expropriation; entries made in birth or marriage certificates showing that the holder is a member of a persecuted religious community, or similar entries made in passports or other official documents; documents relating to compensation.

9. In what form should I produce the documents?

Unless otherwise specified, documents (in particular certificates) must be submitted in their original form or as photocopies of original certificates officially certified or certified by a notary. Photocopies must be complete, which means that both sides of the certificate must be produced. As a general rule, uncertified photocopies and copies will not be accepted.

Only the following persons and bodies may certify photocopies:

- notaries (public) or
- registrars of the body having made the entry in the civil-status register or
- German authorities (such as the residents' registration office, registry office, or diplomatic mission abroad).

As a general rule, certifications by other bodies will not be accepted.

It is important that it is certified that the copy is completely faithful to the original in terms of content.

The original certification statement is required, including

- the notary's or registry office's original stamp and
- the original signature of the notary or of the registry office.

Copies of certification statements or statements certifying only the translator's signature are not sufficient.

As a rule, foreign official documents (such as civil status documents) must be legalised or carry a Hague apostille.

This is not required for

- civil status documents from EU member states or Switzerland, or
- international multilingual documents (certificates of birth, marriage certificates, death certificates) from Bosnia and Herzegovina, the Republic of Moldova, the Republic of North Macedonia, Montenegro, the Republic of Serbia, and the Republic of Turkey

For information on the legalisation process, contact your local German diplomatic mission. They can also provide you with further information on what kind of verification you require when submitting certificates from your home country.

All foreign-language documents are to be accompanied by a translation made by a sworn translator; it must be clear which translation goes with which document. Translations made by persons who are not sworn translators will not be accepted.

Please note: As a rule, original documents can only be returned upon special request after the process has been completed. It is recommended to send certified copies only. If, in exceptional cases, the original of a document is needed, you will be specifically asked to submit it.

10. What fees will be charged?

You will not be charged any fees.

Please note, however, that you cannot be reimbursed for any costs you may incur in the process (e.g. for the procurement of documents, translations, and certifications), irrespective of whether you are granted or denied naturalization.

11. Note with respect to data protection pursuant to Articles 13 and 14 of the EU General Data Protection Regulation (GDPR)

Pursuant to Section 31 of the German Nationality Act (StAG), the Federal Office of Administration is the citizenship authority for persons abroad and, as such, entitled to collect, store, modify and use personal data insofar as this is necessary to perform its tasks (purpose).

For detailed information on the processing of personal data pursuant to Articles 13 and 14 of the GDPR, please visit the website of the Federal Office of Administration (BVA): see under *Staatsangehörigkeit* and also the specific pages on the relevant proceedings. The data protection officer's contact details are also provided there.

12. Contact information

Postal address

Bundesverwaltungsamt
50728 Köln
GERMANY

Website

www.bundesverwaltungsamt.de

Email

staatsangehoerigkeit@bva.bund.de

Telephone

+49 22899358-44900 or +49 221758-44900 (general information service)

Service hours: Monday and Wednesday from 10:00 a.m. to 12:00 a.m. and

Tuesday and Thursday from 2:00 p.m. to 4:30 p.m.

Fax

+49 22899358-44019 or +49 221758-44019

Application

for naturalization on grounds of restitution of
German citizenship
pursuant to section 15 of the Nationality Act
(*Staatsangehörigkeitsgesetz, StAG*)
– for persons aged 16 or over –

E15

Note: Please complete this application in German.

If the space available is not sufficient, please provide any additional information or explanation on a separate sheet of paper.

1 My personal details (applicant's details)

Surname		Sex	
First name(s)		☐ female	
		☐ male	
		☐ non-binary	
Surname at birth		Previous names	
Date of birth	Place of birth	Country of birth (e.g. USA, Italy, Brazil)	

2 My identification

I use the following valid official document (with photograph) as proof of ID:			Please enclose a certified copy of your official ID document.
☐ Passport	☐ Identity card	☐ Other:	

3 My contact details

Country of residence (e. g. USA, Italy, Brazil)	
Current address (in the usual form for the country in question):	
Would you like to add a different postal address?	
☐ No	Different postal address (in the usual form for the country in question):
☐ Yes	
Telephone number (including international dialling code)	Email address

4 The German diplomatic mission responsible for my area of residence

Name and location of mission (e. g. German Embassy in Paris, German Consulate-General in New York)
--

5 My citizenships

Current citizenships (e. g. Kazakhstan, Brazil):

Citizenship	Date of acquisition	Acquired by (e. g. descent, naturalization)

Please provide proof of current citizenship.

Previous citizenships (e. g. USSR, Germany) (if applicable):

Citizenship	Held from	until	Lost by (e. g. naturalization, renunciation)

Please provide proof of previous German citizenship, if applicable.

6 My marital status

Current marital status since (date):

- ☐ single
- ☐ married ☐ in a same-sex civil partnership
- ☐ divorced ☐ same-sex civil partnership dissolved
- ☐ widowed
- ☐ other (please specify):

Please provide proof of current marital status.

Previous marriages or civil partnerships (if applicable):

	From (date and place/country)	to (date and place/country)
1. Marriage / civil partnership		
2. Marriage / civil partnership		
3. Marriage / civil partnership		

7 Previous citizenship or expellee proceedings in Germany

This information is voluntary. Based on information that you provide here, the Federal Office of Administration can consult the files of previous proceedings, if available.

I have previously conducted citizenship proceedings.

☐ No

☐ Yes

Type of proceedings (e. g. naturalization, renunciation)	Name and location of authority in Germany	Reference number used by the authority in Germany

Please provide proof of the proceedings.

I have applied for status as an expellee or ethnic German resettler under the Federal Expellees Act (Bundesvertriebenengesetz).

☐ No

☐ Yes

Name and location of authority in Germany	Reference number used by the authority in Germany

Please provide proof of the procedure.

8 Criminal offences in Germany and abroad

I have been convicted of a crime.

☐ No

☐ Yes

Please provide information on the crime/offence, sentence, court/authority that passed the sentence, and the date of the judgement.

Upon request, please provide a current certificate of good conduct/police clearance (not older than six months) from your country of residence.

See information sheet.

I am currently the subject of criminal investigations.

☐ No

☐ Yes

Please specify the reasons why you are under investigation.

9 Where I have lived

Please specify the periods and places of residence since birth (only periods of residence of more than six months)

From	Until	Town	Country (e. g. Poland, Germany, USA)

I lived in Germany between 1933 and 1945:

☐ No

☐ Yes

Period (from – until)

Place (town/municipality, district, province)

Please provide your former address (street/number).

10 Persecution of my family between 30 January 1933 and 8 May 1945

Between 1933 and 1945, which person was persecuted on political, racist or religious grounds pursuant to Article 116 (2) sentence 1 of the Basic Law?

Please specify the reason for persecution (e. g. persecuted as a Jew):

☐ Myself

☐ My ancestor

Surname of the ancestor

First name(s) of the ancestor

Relationship (e. g. grandfather, great-grandmother)

Please fill in one copy of Appendix AV for each generation, going back to the person who was persecuted between 1933 and 1945.

Did this person possess German citizenship between 1933 and 1945?

☐ Yes

German citizenship lost on (date)

Reason for loss (e. g. by naturalization in another country, by marrying a foreigner)

☐ No

☐ The person was excluded from collective naturalization of ethnic Germans during the period mentioned above.

When and in which area/country (e. g. Gdansk, Bohemia and Moravia)?

☐ The person's application for naturalization was not accepted at that time.

When was the application rejected and by which authority in which town in Germany?

☐ Other:

Please explain any other reasons for which German citizenship was not obtained.

Please submit documentation supporting the information you have provided.

How long did your family live in Germany?

☐ Always

☐ Since:

First name and surname of the first person in your family who lived in Germany

Date of birth:

Place/country of birth

Please provide proof of residence in Germany - if available.

Address of first place of residence in what was then Germany (town/street/number)

☐ Unknown

11 Citizenship proceedings conducted by members of my family (this information is voluntary.)

The following family members have conducted citizenship proceedings in Germany. (e. g. they obtained a citizenship card or were naturalized in Germany):

- Please include a copy of the documents -

Surname, first name	Relationship (e. g. brother, aunt, cousin)	Date and place of issue of the document and name of the authority

12 My parents

Were you adopted by one or both parents?

☐ No

☐ Yes on (date):

Please add a certified copy of the proof of adoption.

First parent (e. g. father)

Second parent (e. g. mother)

Surname	Surname
First name(s)	First name(s)
Name at birth and/or previous names	Name at birth and/or previous names
Date of birth	Date of birth
Place /country of birth	Place /country of birth

☐ My parents were never married to each other or lived in a civil partnership with each other.

☐ My parents are/were married to each other or live/lived in a civil partnership with each other.

from:

until:

Please attach proof.

Other marriages and civil partnerships (previous and subsequent):

from:

until:

from:

until:

My parents' citizenships (current and/or previous):

Citizenship	Held from	until	Citizenship	Held from	until

If German citizenship was held, please provide proof of this.

My parents' places of residence since birth (only periods of residence of more than six months)

from	until	town/country	From	until	town/country

The parent is deceased:

☐ No

Deceased on (date):

☐ Yes

☐ No

Deceased on (date):

☐ Yes

13 Power of attorney

☐

I have granted someone else a power of attorney. All correspondence is to be conducted via this person.

Please provide the written power of attorney.

14 Declarations and further information

I declare: **"I hereby apply for naturalization in Germany"**.

I confirm **that the information about me provided here is correct and complete.**

I am aware that

- providing incorrect or incomplete information may lead to my naturalization being revoked.
- I must immediately inform the Federal Office of Administration of any changes to my application details.
- pursuant to section 37 of the Nationality Act, my personal data will be forwarded to the Federal Office for the Protection of the Constitution for vetting.

You can find information on your rights with regard to processing personal data pursuant to Articles 13 and 14 of the EU General Data Protection Regulation (GDPR) on the Federal Office of Administration's website under *Staatsangehörigkeitsverfahren in Bundeszuständigkeit* for general information (in German only), as well as on the specific web pages on the respective proceedings. The contact details of the data protection officer are also provided there.

Place and date.

Signature of applicant

Attachments

☐

Power of attorney

☐

Appendix AV

Number:

☐

Other attachments:

Number

Application

for naturalization on grounds of restitution of
German citizenship
pursuant to section 15 of the Nationality Act
(*Staatsangehörigkeitsgesetz, StAG*)
– for persons under the age of 16 –

E15_K

Note: Please complete this application in German.

If the space available is not sufficient, please provide any additional information or explanations on a separate sheet of paper.

1 Child's personal details

Surname		Sex	
First names		☐ female	
		☐ male	
Name at birth		Previous name(s)	
Date of birth	Place of birth	Country of birth (e. g. USA, Italy , Brazil)	

2 Child's identification (if available)

The child uses the following valid official document (with photograph) as proof of ID:			Please enclose a certified copy of the official ID document.
☐ Passport	☐ Identity card	☐ Other:	

3 Child's contact details

Country of residence (e. g. USA, Italy, Brazil)	
Current address (in the usual form for the country in question):	
Would you like to add a different postal address?	
☐ No	Different postal address (in the usual form for the country in question):
☐ Yes	
Telephone number (including international dialling code)	Email address

4 Applicant's local German diplomatic mission abroad

Name and location of mission (e. g. German embassy in Paris; German Consulate-General in New York)
--

5 Legal representation

First legal representative (e. g. mother)	Second legal representative (e. g. father)
Surname	Surname
First names	First names
Current address	Current address
Telephone number	Telephone number
Email address	Email address
Basis on which these persons are legal representatives (e. g. shared or sole custody of the child): ☐ Responsibility shared by both parents on the basis of law ☐ Other (e.g. on the basis of a court order)	
If you checked "Other", please enclose proof.	

6 Child's citizenship

Current citizenships (e. g. Kazakhstan, Brazil):		
Citizenship	Date of acquisition	Acquired by (e. g. descent, naturalization)
Previous citizenships (e. g. USSR, Germany) (if applicable):		
Citizenship	Held from	until
Lost by (e. g. naturalization in another country, renunciation)		
Please provide proof of previous German citizenship, if applicable.		

7 Previous citizenship proceedings in Germany

This information is voluntary. Based on the information you provide, the Federal Office of Administration can consult the files of previous procedures, if still available.

Citizenship proceedings have previously been conducted on behalf of the child.

☐ No

☐ Yes

Type of proceedings (e. g. naturalization, renunciation)	Name and location of authority in Germany	Reference number used by the authority in Germany

Please provide proof of the proceedings.

8 Where the child has lived

Please specify the periods and places of residence since birth (only periods of residence of more than six months)

From:	Until:	Town:	Country (e. g. Poland, Germany, USA)

Under German law, children reach the age of criminal responsibility at 14 years of age. For this reason, any convictions and pending criminal investigations must be declared for children aged 14 and over.

9 Criminal offences committed in Germany and abroad (to be completed only for children aged 14 and over)

The child has been convicted of a crime.

☐ No

☐ Yes

Please provide information on the crime/offence, sentence, court/authority that passed the sentence, and the date of the judgement.

Upon request, please provide a current certificate of good conduct / police clearance certificate (not older than six months) issued by your country of residence.

See information sheet.

The child is currently the subject of criminal investigations.

☐ No

☐ Yes

Please specify the reasons why the child is under investigation.

The child has been convicted of an antisemitic or racist offence or other criminal offence evidencing contempt for humanity in Germany or abroad and sentenced to a prison term, fine or youth custody:

☐ No

☐ Yes

Please provide information on the crime/offence, sentence, court/authority that passed the sentence, and the date of the judgement.

Please provide the complete judgement for each conviction, including a translation.

10 Persecution of my family between 30 January 1933 and 8 May 1945

Between 1933 and 1945, which person was persecuted on political, racist or religious grounds pursuant to Article 116 (2) sentence 1 of the Basic Law (*Grundgesetz*)?

Surname of the ancestor

First name(s) of the ancestor

Relationship (e. g. grandfather, great-grandmother)

Please specify the reason for persecution (e. g. persecuted as a Jew):

Please fill in one copy of **Appendix AV** for each generation, going back to the person who was persecuted between 1933 and 1945.

Did this person possess German citizenship between 1933 and 1945?

☐ Yes

German citizenship lost on (date)

Reason for loss (e. g. by naturalization in another country, by marrying a foreigner)

☐ No

☐ The person was excluded from collective naturalization of ethnic Germans during the above-mentioned period.

When and in which area/country (e. g. Gdansk, Bohemia and Moravia)?

☐ The person's application for naturalization was not accepted at that time.

When was the application rejected and by which authority in which town in Germany?

☐ Other:

Please explain any other reasons for which German citizenship was not obtained.

Please submit documentation supporting the information you have provided.

How long did your family live in Germany?

☐ Always

☐ Since:

First name and surname of the first person of your family who lived in Germany.

Date of birth

Place/country of birth

Please provide proof of residence in Germany – if available

Address of first place of residence in what was then Germany (town/street/number)

☐ Unknown

11 Citizenship proceedings conducted by family members (information is voluntary)

The following family members have conducted citizenship proceedings in Germany. (e. g. they obtained a citizenship card or were naturalized in Germany):

– Please include copies of the documents –

Surname, first name

Relationship
(e. g. brother, aunt, cousin)

Date and place of issue of the document and name of the authority

12 The child's parents

Was the child adopted by one or both parents?

☐ No

☐ Yes on (date):

Please add a certified copy of the proof of adoption.

First parent (e. g. father)

Surname
First name(s)
Name at birth and/or previous name(s)
Date of birth
Place/country of birth

Second parent (e. g. mother)

Surname
First name(s)
Name at birth and/or previous name(s)
Date of birth
Place/country of birth

☐ The child's parents were never married to each other or lived in a civil partnership with each other.

☐ The child's parents are/were married to each other or live/lived in a civil partnership with each other

from:

until:

Please attach proof.

Other marriages and civil partnerships (previous and subsequent) of the child's parents:

From

Until

From

Until

Citizenships of the child's parents (current and/or previous):

Citizenship

Held from - until

Citizenship

Held from - until

If German citizenship was held, please provide proof of this.

Parents' places of residence (only periods of residence of more than six months)

From

Until

Town/city, country

From

Until

Town/country

The parent is deceased:

☐ No

Deceased on (date)

☐ Yes

☐ No

Deceased on (date)

☐ Yes

13 Power of attorney

☐	I /we have granted someone else a power of attorney. All correspondence is to be conducted via this person.	Please provide the written power of attorney.
☐	No power of attorney was granted.	☐ First legal representative
☐	All correspondence is to be conducted via	☐ Second legal representative

14 Declarations and further information

I /we declare: **"I/we hereby apply for naturalization in Germany of the above-named minor child."**

I/we confirm **that the information provided here is correct and complete.**

I/we are aware that

- providing incorrect or incomplete information may lead to naturalization being revoked.
- any changes to the child's information as stated in this application must be reported immediately.

You can find information on your rights with regard to the processing of personal data pursuant to Articles 13 and 14 of the EU General Data Protection Regulation (GDPR) on the Federal Office of Administration's website: see under *Staatsangehörigkeitsverfahren in Bundeszuständigkeit* for general information, and see also the specific pages on the relevant proceedings. The contact details of the data protection officer are also provided there.

Place and date

Signature of the **first** legal representative

Place and date

Signature of the **second** legal representative

Attachments

- | | | |
|--------------------------|--------------------|---------|
| ☐ | Power of attorney | |
| ☐ | Appendix AV | Number: |
| ☐ | Other attachments: | Number: |

Appendix on ancestors (AV)

Information on other ancestors, for use in citizenship procedures

Appendix_AV

Details of the applicant or person making the declaration:

Surname	First name(s)
Date of birth	Reference number used by the Federal Office of Administration (if known):

For citizenship proceedings, information is sometimes required on an applicant's ancestors (parents and generations before them). You can use **Appendix AV** to provide further information on your ancestors. Please use additional copies of Appendix AV for additional ancestors.

I hereby submit information on the parents of the following person:

Surname	First name(s)
Date of birth	

Was the person adopted by one or both parents?

☐ No☐ Yes

on (date):

Please attach proof of the adoption.

First parent of the above person (e. g. father)

Second parent of the above person (e. g. mother)

Surname	Surname
First name(s)	First name(s)
Name at birth and/or previous name(s)	Name at birth and/or previous name(s)
Date of birth	Date of birth
Place and country of birth	Place and country of birth

☐ The parents are/were not married to each other and did not live in a civil partnership with each other.

☐ The parents are/were married to each other or live/lived in a civil partnership with each other

from:

until:

town/country:

Please attach proof.

Other marriages and civil partnerships (previous and subsequent):

from:

until:

from:

until:

First parent of the above person (e.g. father)

Second parent of the above person (e.g. mother)

Citizenships (current or previous) of the person's parent:

Citizenship

Held from

until

Citizenship

Held from

until

If German citizenship was held, please provide proof of this.

Places of residence of the person's parent (only periods of more than six months)

from

until

town/country

from

until

town/country

Fill in only if applicable.

The current or last German address of the person's parent (please enter full address)

Reason for departure/emigration:

The person's parent has already conducted citizenship proceedings (e.g. naturalization, confirmation of German citizenship) or proceedings under the Federal Expellees Act (*Bundesvertriebenengesetz*) through a German authority.

☐ **No**

Type of proceedings (e. g. admission as an ethnic German resettler)

☐ **Yes**

Name and location of the authority in Germany

Reference number used by the authority in Germany

☐ **No**

Type of proceedings (e. g. naturalization)

☐ **Yes**

Name and location of the authority in Germany

Reference number used by the authority in Germany

The person's parent is deceased:

☐ **No**

deceased on (date):

☐ **Yes**

☐ **No**

deceased on (date):

☐ **Yes**

Space for additional information on your ancestor's parents that could help with your application:

Please complete additional Appendix AV forms for additional ancestors.